

389/AB

der Parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
Barmüller , Kier und Partner/innen
vom 16. April 1996 , Nr . 387/J , betreffend
Beschäftigungssituation behinderter Menschen

In der Anfrage sprechen die Abgeordneten die steigenden Arbeitslosenzahlen behinderter Menschen sowie die im Koalitionsabkommen angesprochene Neuordnung des Behinderteneinstellungsgesetzes an .

Frage 1

Im Koalitionsübereinkommen 1996 ist nachzulesen , daß die Integration behinderter Menschen am Arbeitsmarkt durch eine Neuordnung des Behinderteneinstellungsgesetzes erfolgen soll . In welcher Weise und unter Einbeziehung welcher Experten soll eine Neuordnung dieses Gesetzes erfolgen ?

Antwort

Derzeit erarbeitet mein Ressort den Entwurf einer Novell zum Behinderteneinstellungsgesetz , welcher einer umfangreichen

Begutachtung unter Einbeziehung sämtlicher relevanter Institutionen zu unterziehen sein wird .

Frage 2

Bis wann soll eine Neuordnung dieses Gesetzes erfolgen ?

Antwort

Ich beabsichtige , den Entwurf für eine Änderung des Behinderteneinstellungsgesetzes nach Beendigung des Begutachtungsverfahrens in Form einer Regierungsvorlage dem Nationalrat zuzuleiten .

Frage 3

Ist im Rahmen der geplanten Neuordnung auch an eine Lockerung des erhöhten Kündigungsschutzes gedacht ?

Antwort

Ich erachte einen erhöhten Kündigungsschutz behinderter Arbeitnehmer für einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung , der den notwendigen Ausgleich für die weiterhin bestehende Benachteiligung behinderter Menschen am Arbeitsmarkt bildet . Um zu verhindern , daß der qualifizierte Bestandschutz der Aufnahme einer Beschäftigung entgegensteht , erscheint mir allerdings eine maßvolle Flexibilisierung der gesetzlichen Bestimmungen - die den Kern des Kündigungsschutzes unberührt läßt - überlegenswert .

Fragen 4, 5 und 6

Ist eine allgemeine Erhöhung der Ausgleichstaxe oder ein erschwerter Zugang zur Freikaufsmöglichkeit vorgesehen?

Ist für Sie eine gesetzliche Änderung vorstellbar, zumindest für Körperschaften öffentlichen Rechtes eine Erhöhung der Ausgleichstaxe oder einen erschwerten Zugang zur Freikaufsmöglichkeit vorzusehen?

Wenn nein, legen Sie bitte dar, warum.

Antwort

An der im Behinderteneinstellungsgesetz verankerten Quotenregelung und an der Verpflichtung der Dienstgeber, bei Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht Ausgleichstaxen zu entrichten, muß meines Erachtens festgehalten werden, da diese Instrumente die Grundlage dafür darstellen, daß zusätzliche Arbeitsplätze für behinderte Menschen geschaffen und bestehende erhalten werden können. Eine generell - sich auf alle Dienstgeber erstreckende - Angleichung der derzeit geltenden Quotenregelung (4 %) an das deutlich höhere international übliche Ausmaß halte ich - sofern es die wirtschaftliche Lage zuläßt - für durchaus erstrebenswert.

Fragen 7 und 8

Im Behindertenkonzept der Bundesregierung aus dem Jahre 1993 ist nachzulesen, daß ein Ausbau der Arbeitsassistenten bei positiven Ergebnissen der entsprechenden Modellversuche vorzusehen ist. Ist es richtig, daß die Ergebnisse der Modellversuche durchwegs positiv waren? Legen Sie die Ergebnisse bitte so detailliert wie möglich vor.

Inwieweit wird der vorgesehene Ausbau der Arbeitsassistentenmodelle seitens Ihres Ministeriums unterstützt bzw. mitgetragen?

Antwort

Es ist richtig, daß die beiden Modellprojekte Arbeitsassistenten, die ausschließlich auf den Personenkreis psychisch behinderter Menschen ausgerichtet waren, durchwegs positiv zu bewerten sind. Die Erfolgsquote der beiden Modellprojekte im Hinblick auf die von den Auftraggebern gesetzten Ziele, einerseits die Integrationschancen behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, und andererseits das Herausfallen aus dem Arbeitsmarkt zu verhindern, wurden in Oberösterreich zu 70 %, in Niederösterreich zu mehr als 90 % erreicht.

Die aus diesen beiden Modellversuchen gewonnenen Erfahrungen sind die Grundlage für den Ausbau der Arbeitsassistenten mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung Österreichs. Zur Zeit werden von meinem Ressort 17 Projekte gefördert und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.

Frage 9

Ist Ihnen bekannt, wie viele Anträge auf Kündigung Behindertenseitens der Behindertenausschüsse abgelehnt wurden?

Antwort

Im Jahr 1995 wurden insgesamt 63 Anträge auf Zustimmung zur Kündigung von begünstigten Dienstnehmern durch die beiden Bundessozialämter eingerichteten Behindertenausschüsse mit - tels Bescheides abgewiesen .

Frage 10

Können Sie uns das Verhältnis der abgelehnten Kündigungsanträge zu den angenommenen Anträgen nennen ?

Antwort

Im Jahr 1995 wurde in 105 Fällen von den Behindertenausschüssen die Zustimmung zur Kündigung erteilt . In 477 Fällen konnte ein Einvernehmen zwischen Dienstgeber und begünstigtem Dienstnehmer - oftmals unter Anwendung des Förderinstrumentariums des Behinderteneinstellungsgesetzes - erzielt werden , weshalb sich in der Folge eine bescheidmäßige Erledigung erübrigte .